**Antrag 1**

Antragstelle: Diözesanvorstand

Antraggegenstand: Atom – Verbotsvertrag

**Die Diözesanversammlung möge beschließen:**

Die Diözesanversammlung fordert den Diözesanvorstand auf, sich an die MdB der Diözese Augsburg und die Mandatsträger der neuen Bundesregierung zu wenden und diese aufzufordern, den Abzug aller Atomwaffen (Büchel) aus Deutschland zu beschließen und den Atomwaffen-Verbotsvertrag, den die Vereinten Nationen am 07. Juli 2017 beschlossen haben, beizutreten.

**Begründung:**

Die derzeitige Eskalation zwischen USA und Nordkorea mit den gegenseitigen völkerrechtswidrigen Vernichtungsdrohungen zeigt wieder einmal sehr deutlich, dass bereitgehaltene Atomwaffen wie ein Damoklesschwert über der gesamten Welt schweben. Dieser Zustand muss schnellstens beendet werden. Deutschland muss die Chance jetzt nutzen diesem Vertrag neben bereits 50 Staaten beizutreten. Dies hätte zur Bedingung, dass die im Raketendepot in Büchel / Hunsrück gelagerten Atomwaffen als atomare Teilhabe Deutschlands abgezogen werden müssten. Denn die Vertragsstaaten des neuen Abkommens dürfen auf ihren Territorium weder die Stationierung, noch den Transport von Atomwaffen anderer Staaten zulassen.

**Antrag 2**

Antragstelle: Diözesanvorstand

Antragsgegenstand: Unterstützung der Unterschriftenliste

 „Mehr fürs Militär? Nicht mit uns!“

**Die Diözesanversammlung möge beschließen:**

Der Diözesanverband pax christi Augsburg unterstützt die Aktion „Mehr fürs Militär? Nicht mit uns!“ mit folgenden Aktivitäten:

- Verbreitung der Unterschriftenliste

- Lobbyarbeit an die MdB aus der Diözese Augsburg

- Gewinnung anderer Organisationen zur Kooperation

**Begründung:**

Deutschland soll nach NATO-Forderung bis 2024 fürs Militär 2,0 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) ausgeben, anstatt bisher 1,2 Prozent. Damit gewinnt man nicht den Frieden, sondern trägt bei zur weiteren weltweiten Aufrüstung und Eskalation. Statt immer mehr für Rüstung (2016 – 35,1 Mrd. €, 2017 bereits über 37 Mrd., 2024 ca. 62 Mrd. €?) auszugeben, soll Deutschland Geld für die Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, zur Bekämpfung von Fluchtursachen und von extremer Armut und Hunger, für Klimaschutz, gleichberechtigte Bildung und für die Stärkung von Wegen zu gemeinsamer Sicherheit und internationaler Zusammenarbeit bereitstellen.

**Antrag 3**

Die Diözesanversammlung pax christi Diözese Augsburg fordert die Bundesregierung auf, den privilegierten Familiennachzug von Geflüchteten mit subsidiären Schutz unverzüglich wieder zu gewähren.

**Begründung:**

Viele Geflüchtete kommen alleine oder in Teilfamilien, weil sie das Geld für die Flucht nicht aufbringen können oder die Flucht zu gefährlich ist. Sie sind in großer Sorge und stehen gegenüber den zurückgelassenen Familienmitgliedern unter einem enormen moralischen und menschlichen Druck. Dies verhindert eine Integration in Deutschland. Wer sich Sorgen um seine Familie in Kriegs- und Krisengebieten macht, kann sich nicht integrieren. Neue detaillierte Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg zeigen auf, dass die Zahl der durch den Familiennachzug zu erwartenden Angehörigen weit geringer ist als zunächst prognostiziert. Es handelt sich nicht um eine gewaltige Zahl, sondern um ca. 180.000 Menschen, das sind im Schnitt 0,28 Nachzügler pro Flüchtling.

Der verfassungsmäßig garantierte Schutz der Familie muss auch für Geflüchtete gelten.